

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 08.04.2014

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: 17:40 – 17:45 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Weber

SPD

Herr Donath
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Wandersleb

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

FDP

Herr Buschmann

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany	BfB-Gruppe
Herr Heuer	Beirat für Behindertenfragen
Frau Huber	Seniorenrat

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Schulz

Herr Wörmann

Frau Krutwage

Herr Steffen

Herr Puls

Dezernat 5

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Keuter

AOK NordWest

Schritfführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.03.2014**

Frau Geilhaar merkt an, dass sie sich die Protokollierungen zum Thema Krankenhauskeime ausführlicher gewünscht hätte.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.03.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es gibt keine Mitteilungen.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 Betreuung von Flüchtlingen

Die Anwesenden vereinbaren, dass die Punkte 5.1 und 5.2 zusammen diskutiert werden.

Frau Dr. Ober weist nochmals darauf hin, dass die Formulierung des Integrationsrates problematisch sei, da ein Teil der genannten Aufgaben hoheitlicher Art seien. Der Runde Tisch sollte lediglich beratende Funktion haben. Die eigentlichen Beschlüsse würden dann von der Verwaltung gefasst.

Sie schlägt daraufhin folgende Formulierungsänderungen vor:

„.....Der Runde Tisch unterstützt die Verwaltung bei folgenden Aufgaben....“

Frau Osthus schlägt folgende Änderung vor:

„...Der Runde Tisch soll folgende Aufgaben beratend wahrnehmen.....“

Frau Cascante-Maristany äußert ihre Bedenken gegen die große Anzahl von Teilnehmern am Runden Tisch.

Frau Kammeier bewertet den Runden Tisch als informellen Zusammenschluss und fordert dazu auf, Schnittstellen zwischen dem Runden Tisch und dem Arbeitskreis der Verwaltung zu schaffen, um einen Austausch zwischen den Gremien zu gewährleisten. Es müsse auch geklärt werden, wer die Auswahl der Mitglieder des Runden Tisches treffe.

Frau Rathsmann-Kronshage sieht mit der Einrichtung eines Runden Tisches die Möglichkeit, Problemlagen bereits im Vorfeld zu diskutieren und empfehlende Vorschläge für den Arbeitskreis der Verwaltung zu formulieren.

Frau Schulz teilt mit, dass es durchaus möglich sei, dass bestimmte Gruppen in beiden Gremien vertreten seien. Ihre Funktionen in den einzelnen Gremien müssten von der Verwaltung dann noch geklärt werden.

Nach einer umfänglichen Diskussion über die Leitung des Runden Tisches, gibt Herr Wandersleb zu bedenken, dass bei der Wahl des Vorsitzes auch die Geschäftsführung des Runden Tisches geklärt sein müsste. Die müsse sich z. B. um die Erstellung von Protokollen und Sitzungseinladungen kümmern.

Vorsitzende Frau Schrader schlägt vor, dass die Verwaltung vor einer weiteren Diskussion zunächst das Konzept zur sozialarbeiterischen Betreuung von Flüchtlingen vorstellt.

Zu Punkt 5.1 Konzept zur sozialarbeiterischen Betreuung von Flüchtlingen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7166/2009-2014

Frau Schulz informiert über die wesentlichen Punkte des Konzeptes (**Anlage 1**) und weist darauf hin, dass es sich nicht um ein statisches Konzept handle. Da das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- erst seit 01.02.2014 für den Bereich zuständig sei, befinde man sich noch in einer lernenden Situation.

Frau Rathsmann-Kronshage bittet darum, den Ausschuss über die im Zusammenhang mit dem Eckpunktebeschluss zur Unterkunft Eisenbahnstraße beschlossenen Konzept- und Standardentwicklungen zu informieren.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Runder Tisch zur „Unterbringung“ von Flüchtlingen (Antrag des Integrationsrates vom 29.01.2014)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6864/2009-2014/1

Vorsitzende Frau Schrader bittet nunmehr um eine abschließende Beratung der Beschlussvorlage 6864/2009-2014/1.

Die Diskussion über die Anzahl der Mitglieder, die Vorsitzauswahl und die Geschäftsführung des Runden Tisches wird fortgeführt. Beigeordneter Herr Kähler regt an, dass die Mitglieder des Runden Tisches selbst über den Vorsitz befinden sollten.

Frau Osthus schlägt vor, zunächst die grundsätzliche Bildung des Runden Tisches zu beschließen und die Einzelheiten in einer der nächsten SGA-Sitzungen der nächsten Legislaturperiode zu konkretisieren.

Vorsitzende Frau Schrader schlägt zur Verständigung der Fraktionen eine Sitzungsunterbrechung vor. Die Anwesenden sind einverstanden.

Sitzungsunterbrechung 17.40 Uhr – 17.45 Uhr

Nach Wiederaufnahme der Sitzung trägt Herr Buschmann folgende Änderung bzw. Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

„.....Der Runde Tisch unterstützt die Verwaltung bei folgenden Aufgaben.....

.....

Die Verwaltung wird beauftragt, zum ersten Runden Tisch einzuladen. Es wird angestrebt, dass sich der Runde Tisch selbst organisiert.“

Unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung bzw. Ergänzung fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

Um das Thema Flüchtlingsunterbringung, Betreuung und Integration aktiv mit dem Ziel aufzugreifen, für Bielefeld einen substantiellen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge zu organisieren, wird ein „Runder Tisch für Flüchtlinge“ eingerichtet.

Der Runde Tisch unterstützt die Verwaltung bei folgenden Aufgaben:

- Bestandsaufnahme der aktuellen Unterbringungssituation
- Suche nach geeigneten Standorten für die Flüchtlingsunterbringung
- Verbesserung der Akzeptanz dieser Standorte
- Optimierung der Unterbringungsbedingungen
- Initiierung und Vernetzung der ehrenamtlichen Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge
- Kontinuierliche Beratung der Verwaltung bei Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

An dem Runden Tisch nehmen teil: zuständige Stellen aus den Fachbereichen der Stadtverwaltung, Vertreter von Kirchen und Sozialverbänden sowie von Gruppen bürgerschaftlichen Engagements (AK-Asyl, Amnesty International, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Migrantenorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter der Flüchtlingsgruppen).

Die Leitung des Runden Tisches soll eine angesehene, unabhängige Bielefelder Persönlichkeit übernehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, zum ersten Runden Tisch einzuladen. Es wird angestrebt, dass sich der Runde Tisch selbst organisiert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6**Pflegestützpunkt Bielefeld – Bericht zur Umsetzung des Konzeptes****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 7060/2009-2014

Frau Krutwage und Herr Keuter berichten über die Auswirkungen der Pflegereform und der Entwicklungen in den gemeinsamen Pflegestützpunkten, in denen ein Anstieg der Beratungszahlen zu verzeichnen sei. Perspektivisch soll der Pflegebedürftigkeitsbegriff neu

definiert werden. Die Bereiche Demenz und psychische Störungen sollen mehr Berücksichtigung finden. Dadurch würde mit einem weiteren Anstieg des Beratungsbedarfes gerechnet.

Fragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Geilhaar, Herrn Donath und Frau Rathsmann-Kronshage werden von Frau Krutwage und Herrn Keuter beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Schwerbehindertenrecht als kommunale Aufgabe in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7055/2009-2014

Herr Steffen informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Einführung des Schwerbehindertenausweises ab 01.07.2014 in Checkkarten-Format nicht zu einer allgemeinen Umtauschaktion führe. Die alten Ausweise blieben weiterhin gültig. Eine entsprechende Pressemitteilung würde vorbereitet.

Frau Schneider bittet in der beabsichtigten Pressemitteilung darauf hinzuweisen, dass die Format-Umstellung nicht zu Veränderungen in den Ausweisen führe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)